

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/163

Bonn, den 10. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Das genügt, Herr Strauß ! ----- Leichtfertige Kritik gefährdet Vertrauensverhältnisse USA - Bundesrepublik	44
2 - 3	Parlament und Etatberatung ----- Von Heinrich Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	79
4	Experimentierfreudige Polen ----- In Breslau soll ein 12-Etagenhaus an Drahtseilen "hochgezogen" werden Von Rudolf Hornig	39
5 - 6	Aufbruch in Algerien ----- Hat die FLN eine Wirtschafts- und Sozialplanung ? Von Werner Plum	68

Chefredakteur: Günter Markscheffel

Das genügt, Herr Strauss !

Leichtfertige Kritik gefährdet Vertrauens-
verhältnis USA - Bundesrepublik

sp - Bundesverteidigungsminister Dr. h.c. Franz Josef Strauss hat jetzt erneut seinen Mangel an Seriosität nachgewiesen. Mit einer Leichtfertigkeit ohne gleichen stützte er sich bei seinen Kritiken an der angeblich neuen amerikanischen Verteidigungspolitik auf Aussagen des CDU-Bundestagsabgeordneten K l i e s i n g, der vor ungefähr 14 Tagen in der bundesrepublikanischen Presse gegen General Taylor Wind gemacht hatte. Inzwischen haben General Taylor selbst und auch ein Sprecher des Weißen Hauses erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten weder an eine "völlige Umwandlung" ihrer Verteidigungsstrategie für Europa denke noch eine Aufstockung der Bundeswehr auf 750 000 Man "gefordert" habe.

So interessant die strategischen und taktischen Überlegungen des Pentagon oder des NATO-Oberkommandos sind, uns scheint im Augenblick die Beantwortung der Frage wichtiger zu sein, was Herr Strauss wohl gedacht haben mag, als er sich Hals über Kopf in eine öffentliche Diskussion mit dem stärksten und zuverlässigsten Verbündeten der Bundesrepublik einließ.

Selbstverständlich hat man in den Vereinigten Staaten auf die Art des Herrn Strauss, unter Freunden "Politik" zu machen, sauer reagiert. Das ist kein Wunder, denn in nicht wenigen deutschen Zeitungen war auf Grund der Behauptungen des CDU-Abgeordneten Kliesing und der Ausrufe des Herrn Strauss angedeutet worden, die Bundesrepublik werde "im Stich gelassen". Die berühmte "Deutsche Soldatenzeitung" erschien sogar mit der Balkenüberschrift auf der ersten Seite: "Herr Kennedy, das ist Verrat!"

Keineswegs wollen wir Herrn Strauss mit der "Soldatenzeitung" identifizieren; er hat sich oft genug von diesem Blatt distanziert.

- * Wir sind jedoch der Meinung, daß der Bundesverteidigungs-
- * minister im Begriffe ist, ein äußerst riskantes Spiel zu
- * treiben. W e r n er Gründe hat, die strategischen Über-
- * legungen der Verbündeten zu analysieren oder zu kritisieren,
- * dann soll er dies nicht auf offener Markt und mit dem Hinter-
- * gedanken seiner persönlichen Aufwertung in der deutschen
- * Innenpolitik tun, sondern dort, wo es einzig und allein an-
- * gebracht ist: im NATO-Rat!

Aber auch in d i e s e m Falle ist dem Bundesverteidigungsminister zu empfehlen, seine beabsichtigte Kritik zunächst mit den Verteidigungsexperten des Deutschen Bundestages, also mit dem Verteidigungsausschuß zu besprechen und sich dessen fachlichen und politischen Rat einzuholen, ehe er politisches Porzellan zerschlägt. Die Tatsache, daß sich Herr Strauss jetzt in der gleichen Zeitung korrigiert, über die er seine voreilige Kritik an der angeblich veränderten Verteidigungskonzeption der US-Regierung lanciert hatte, ist kein Grund für eine Abschwächung unseres Vorwurfs gegen ihn.

Parlament und Etatberatung

Von Heinrich Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Die Auseinandersetzungen über Höhe und Inhalt des Bundeshaushaltsplans für 1963 stehen erst am Anfang. Die Anforderungen auf der Ebene der einzelnen Ministerien haben in ihrer Zusammenfassung den Finanzminister erschreckt. Die 18-Milliardenforderung des Verteidigungsministers wird den Schrecken verstärken. Diesen Schrecken teilen mit ihm nicht nur der Bund der Steuerzahler, sondern auch sehr viele Abgeordnete des Bundestages, denn der Beschlußfassung des Deutschen Bundestages unterliegt gemeinsam mit der Stellungnahme des Bundesrats als der Vertretung der Länder die endgültige Gestaltung des Haushaltes.

Keine Vergleichsmöglichkeiten mit früheren Zeiten

Nun wäre es sicher falsch, annehmen zu wollen, daß die verantwortlichen Vertreter der Fachministerien, geschulte Beamte und unter ihnen vor allem die Haushaltsreferenten der einzelnen Ministerien, leichtfertig erhebliche Steigerungen ihres einzelnen Haushalts verlangen würden. Mehr Ausgaben, die im Etatentwurf vorzusehen sind, stellen in der Regel nur die Auswirkungen einer Entwicklung dar, die sich heute von den früher geltenden Maßstäben mehr und mehr entfernt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Bundesrepublik Deutschland der Erbe des an seiner Maßlosigkeit und Herrschsucht zugrundegegangenen "Dritten Reiches" ist. Was heute allein auf den Gebieten des Lastenausgleichs, der Wiedergutmachung, der Pensionsleistungen für die sogenannten 131er Beamten, an Nachholbedarf auf den verschiedensten Gebieten im Bundeshaushalt verlangt werden muß, und damit auf den Steuerzahler zukommt, entbehrt jeder Vergleichsmöglichkeit aus vergangenen Zeiten. Ob es sich um den Ausgabenbereich des Bundesministers des Innern, der Justiz, der Wirtschaft, ob es sich um die sozialen Ausgaben im Bereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, ob es sich um den Etat des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen oder um Versorgungsleistungen des Bundes handelt, immer und überall führen die Folgen des verbrecherischen Hitlersystems zu dauernden und schweren Belastungen des deutschen Steuerzahlers.

Spiegelbild der Katastrophenpolitik Hitlers

Hinzu kommen die Riesenausgaben auf dem Gebiete der Ernährung und der Landwirtschaft, die ständig steigenden Ausgaben für Verkehr, die eine enorme Hypothek in einem 60 Milliarden Haushalt darstellenden Anforderungen des Bundesministers für Verteidigung; kurzum, der Bundeshaushalt ist das Spiegelbild einer Entwicklung, die mit dem Staatsstreich Papens in Preußen 1932 begann, über die "Machtübernahme" durch Hitler am 30. Januar 1933 ihre vorläufige Krönung fand und mit der Errichtung der Gewaltherrschaft auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 freie Bahn erhielt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein provisorischer Staat. Noch immer blutet sie aus tausend Wunden. Millionen Aufwendungen dienen Jahr um Jahr dazu, Schäden zu heilen, staatsgefährdende Entwicklungen zu bekämpfen, das Leben des Volkes zu sichern. Dieser Staat im Umbruch leidet unter einer Fülle von veralteten Gesetzen und unter einer Organisation, die längst überprüft sein sollte. Die deutsche Organisationsucht und die Neigung der deutschen Bürokratie zur Perfektion hat im Verein mit dem Jahr um Jahr stärker werdenden Verlangen an den Staat zu einer Aufblähung des Apparats, und damit des Etats, geführt, die gefährlich wird.

Betriebsblind gegenüber Einsparungsmöglichkeiten?

Es ist natürlich, daß für diejenigen, die seit nunmehr 15 Jahren - wenn man die Zeit des Parlamentarischen Rats hinzurechnet, noch länger - in Regierung und Verwaltung sitzen, einer gewissen Betriebsblindheit unterliegen, daß sie nicht mehr sehen, wo Möglichkeiten zur Einsparung von Arbeitskräften und Geld gegeben sind. Jede Etatberatung zeigt, daß es Dinge gibt, die man aus einer gewissen Distanz schärfer erkennen kann, als wenn man unter der Zwangsläufigkeit der Zugehörigkeit zum eigenen Apparat steht. Hierin liegt die große Chance der Haushaltsberatung durch das Parlament und seine Ausschüsse. Dabei zeigt sich nicht selten, daß Fachausschüsse des Parlaments bewilligungsfreudiger sind als der Haushaltsausschuß des Bundestages. Das liegt in der Natur der Dinge, denn überall dort, wo Spezialkenntnisse und Spezialwünsche geäußert werden und zugleich die Möglichkeit der Auswirkung dieser Wünsche auf das Ganze mehr oder weniger fehlt, müssen sich Einseitigkeiten entwickeln, die dann des Ausgleichs bedürfen.

Kritische Prüfung notwendig

Die unangenehme Pflicht, den Ausgleich herzustellen, obliegt dem Haushaltsausschuß des Bundestages. Wenn er nicht zum Spielball der hohen Bürokratie werden soll, müssen ihm Mittel und Möglichkeiten zur gewissenhaften und kritischen Etatprüfung gegeben werden. Seine Vorschläge liegen dann dem Bundestag in seiner Gesamtheit vor. Die Etatberatungen des Bundestages sind in Vergleich zu den Etatberatungen im Kaiserlichen Deutschland und in der Weimarer Zeit erstaunlich kurz. Irgendwie wirkt sich die Peitsche der Termine schon bei den Beratungen des Haushaltsausschusses aus.

Es läßt sich nachweisen, daß die gründliche Vorarbeit des Haushaltsausschusses in den vergangenen Jahren Hunderte von Millionen eingespart hat. Es wäre nicht zu verantworten, die gründliche Etatberatung im Haushaltsausschuß und im Plenum unter irgendeinem Zeitdruck verkümmern zu lassen.

Experimentierfreudige Polen

Von Rudolf Hornig

Polens Architekten lieben nicht nur die Tradition des Altbaus. Sie experimentieren auch gern und wollen jetzt in Breslau ein 12-Stagenhaus mit Drahtseilen. Stockwerk für Stockwerk, "hochziehen". Gelingt das Experiment, dann könnte überall der Wohnungsbau beträchtlich beschleunigt und verbilligt werden.

Nach dem Modell wird das Hochhaus ein Fundament im Ausmaß von 12 mal 12 Metern besitzen. Die betonierten Grundmauern dieses Fundaments sollen höchstens 80 cm stark werden. In der Mitte des Fundaments wird ein Betonkamin im Ausmaß von 5 mal 5 Metern geschaffen. Sobald dieser Betonkamin eine Höhe von 2,5 m erreicht, wird ihm eine Eisenkonstruktion aufgesetzt, in der die Drahtseile verankert werden. Diese Drahtseile sollen das ganze Haus tragen und stockwerkweise hochziehen.

Die Drahtseile laufen in den Decken der einzelnen Stockwerke. Jedes Drahtseil besteht aus fünf Drähten mit einem Durchmesser von 6 mm. Bei jedem zweiten Stockwerk wird das Drahtseil um zwei weitere Drähte verstärkt. Von den Drahtseilen wird gesagt, daß sie direkt auf dem Baugelände zurechtgemacht werden können, so daß nur die Drähte geliefert werden müssen. Alles übrige, auch der Bau der einzelnen Stockwerke, erfolgt auf dem Bauplatz in Eigenproduktion und es werden die so kostspieligen und seltenen Gerüste erspart.

Ist der Betonkamin bis zu einer Höhe von 2,5 m fertig und hat er die Eisenkonstruktion mit den verankerten Drahtseilen erhalten, so wird auf dem Fundament das oberste Stockwerk aus vorverfertigten Bauteilen zusammengestellt. Ist das Stockwerk fertig, so heben in zwischen aufgestellte hydraulische Pressen das Stockwerk mit der Eisenkonstruktion (einer Art Riesennütze des Hochhauses) um 2,5 Meter und es ist sodann Platz auf dem Fundament für ein weiteres Stockwerk vorhanden. Gleichzeitig wird der Betonkamin unter Verwendung von Schnellbeton gleichfalls um 2,5 m höher gebaut und so wächst das Haus ruckweise Stockwerk für Stockwerk in die Höhe und die Drahtseile werden jeweils entsprechend verlängert und verstärkt.

Sind die zwölf Stockwerke fertigmontiert und hochgehiebt, so sichern nicht nur die Drahtseile den Bau, sondern auch die aneinander montierten Stockwerke. Insgesamt soll das Haus von zwölf Drahtseilen getragen werden, deren jedes eine Tragfähigkeit von 16 000 kg auf den Quadratmeter besitzt. Für den Bau sind nur wenige Fachkräfte notwendig. Die Wohnungen sollen eine moderne Ausstattung erhalten und sehr preiswert werden.

Aufbruch in Algerien

Von Werner Plum

Während des siebenjährigen Algerienkrieges hat die Nationale Befreiungsfront (FLN) eine weitverzweigte Verwaltung und eine straff organisierte Armee (ALN) aufgebaut. Beide, Befreiungsarmee und FLN-Verwaltung, waren im Juli während der politischen Führungskrise die einzigen Elemente der Stabilisierung Algeriens.

Obwohl die FLN ihre Verwaltung und ihre Armee so intensiv entwickelte, daß beide schließlich eigenständig wurden, vernachlässigte sie ohne Zweifel die Planung der Aufbaupolitik für die Zeit nach der Revolution. Bisher sind drei größere Studien zu diesem Thema veröffentlicht worden; eine ideologische These der sozialen Entwicklung von Prantz Fanon: "Die Verdammten der Erde" (Verlag Maspero, Paris 1961), eine politische Arbeit über wirtschaftliche Programme von Francis Jeanson: "Die algerische Revolution - Probleme und Perspektiven" (Verlag Feltrinelli, Mailand 1962), eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von François Perroux: "Algerien von morgen" (Verlag Presses Universitaires de France, Collection Tiers Monde, Paris 1962).

Widerspruchsvolle Situation

Bei Wirtschafts- und Sozialprogrammen, die sich junge Nationen geben, dürfen nicht nur die Objekte gesehen werden. Zu ihrem Verständnis ist die Beobachtung der Autoren und Inspiratoren unerlässlich. Die FLN nun ist in einer widerspruchsvollen Situation. Einerseits ist ihr unparteilicher Funktionalismus überaus modern. Sie kommt der neuen Verwaltungstechnik in den USA und in der UdSSR recht nahe. Andererseits ist es der FLN nicht gelungen, den jede Modernisierung hemmenden Sippengeist wirklich zu ersticken. An die Stelle regionaler und familiärer Sippen sind politische Klans getreten, die sich jeweils um eine politische Persönlichkeit geildet haben. Es gibt die Abbasisten, die Benbellisten, die Benkheddisten usw. Die Kristallisationskerne sind Gefangene ihres Klans geworden. Wenn es keinen "Ben Bella" gäbe, die ihr bedürftige Gruppe (und Postenjäger) hätten ihr erfunden, was man fälschlich und durch vergangene Beispiele (Stalin, Messali Hadj) verwirrt. Persönlichkeitskult nennt, ist in Wirklichkeit umgewandelter Sippengeist.

Dieser Geist ist keine Ideologie. Es ist müßig, ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen politischen Klans zu suchen. Nicht die abgestandenen Cliques, sondern der moderne Funktionalismus ist Träger der Aufbauprinzipien, die sich die FLN jetzt zu geben versucht. Insofern irrten wohl auch die jungen algerischen Intellektuellen, die in der Redaktion "El Moudjahid" auf die Suche nach dem verlorenen geistigen Konzept gingen. Das Konzept war in den Juliwirren nicht verloren gegangen, man hatte es nur an der falschen Stelle gesucht.

Verbände als Träger des Aufbaus?

Passbar und sichtbar ist die Trägerschaft dieser Konzepte in denjenigen sozialen Verbänden, die ihrem Wesen nach nicht sippenartig strukturiert sein können: in Gewerkschaft, Studentenverband, Frauenorganisation, Jugendgruppen u.ä. Sie sind die eigentlich neuen Elemente in Algerien. Übernommen von der Industriezivilisation sind sie der wirkliche Gegensatz zur traditionellen Sozialverfassung. Ob diese Verbände auch politisch wirksam werden können, ist eine andere, heute noch offene Frage.

Die Substanz dieser Verbände steckt in der revolutionsgebildeten, dem Klanwesen schon weit entfremdeten Jugend. Politisch werden sie am ehesten in den Großstädten Rückhalt finden, wo sich Parlamentarismus und Massendemokratie bereits eingeführt haben. Damit entsteht allerdings eine neue Gefahr: Wenn die modernen Verbände einseitig in den Städten Schwerpunkte bilden, entfremden sie, die Sozialrevolutionäre, sich von der nationalrevolutionären Landbevölkerung. Die Landbevölkerung konnte durch ihre überwiegende Mitgliedschaft in der Befreiungsarmee Träger der nationalen Revolution Algeriens gegen Frankreich sein. Während des Algerienkrieges führte das nicht zu Spannungen zwischen Stadt und Land. Heute müßten eigentlich Gewerkschaft, Studentenorganisation und ihnen verwandte Verbände Avantgarde der sozialen Revolution werden.

Sollte es den modernen Verbänden gelingen, den bereits vorhandenen Funktionalismus der FLN direkt in eine neue funktionalistische, von Personen- und Symbolenmythen immune Gesellschaft und Wirtschaft einmünden zu lassen, dann würde Algerien sicherlich Vorbild für viele andere afrikanische und arabische Entwicklungsländer sein. Dann wäre der "algerische Sozialismus" nicht nur ein Schlagwort.